

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa.
Gernus Nr. 90.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Klades der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postsekonto: Dresden 158
Mittags-Rieser Nr. 52.

N. 4.

Sonnabend, 5. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Abend 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis pro Ausgabe 1 Pf. Die Zeitungspreise, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 31. Januar 1924 90 Pf. einchl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift: Seite 6 Elben: 25 Gold-Spiennige; die 89 mm breite Mellemgröße 100 Gold-Spiennige; zeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife, Bemerkung: Die Anzeigen sind, wenn der Betrag verhältnismäßig gering ist, durch Klage eingekauft werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Die Ministerpräsidentenwahl im Landtage.

Abgeordneter Heldt (Soz.) sächsischer Ministerpräsident. — Zulassung eines Volksbegehrens auf Auflösung des Landtags.

Sächsischer Landtag.

11. Dresden, 4. Januar 1924.

Triebhaken und Haus sind vollbesetzt. Vor dem Landtagsgebäude steht sich einlaßbegehrend eine große Menschenmenge. Die Sitzung beginnt mit 11/2 stündiger Besprechung, hervorgehoben durch Verhandlungen zwischen den Mittelparteien über die endgültige Wie und der Ministerposten. Nach Eröffnung der Sitzung schlägt Herr Winkler vor, die Tagesordnung abzuändern und zunächst die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen. Abg. Beutler (Dn.) widerspricht der Änderung der Tagesordnung. — Ministerpräsident Felsch gibt vor Eintritt in die Tagesordnung im Namen der Regierung folgende Erklärung ab: Der Landesarbeitsausschuss der DZP hat folgendes Schreiben an mich gerichtet: „Dresden, 3. Januar. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei Sachsens vertritt durch den unterzeichneten Landesarbeitsausschuss, beantragt auf Grund des Art. 36 der sächsischen Verfassung, daß das Gesamtministerium ein

Volksbegehren über die Auflösung des Landtags

herbeiführt. Sie repräsentiert über ein Drittel der Landtagswähler. Art. 36 der Verfassung. Das Gesamtministerium hat beschlossen, diesem Antrag stattzugeben und wird heute abend eine dementsprechende Beschlussempfehlung erlassen. Die Regierung fühlt sich für verpflichtet, diese Forderung dem Landtage mitzuteilen. Präsident Winkler: Wir kommen nun zur

Wahl des Ministerpräsidenten.

Abg. Wirth (Soz.) gibt namens seiner Fraktion eine längere, von den Kommunisten dauernd durch Zwischenrufe unterbrochene Erklärung ab, in der er u. a. darauf hinweist, daß es in Sachen infolge der Haltung der Kommunisten nicht möglich sei, eine proletarische Politik zu treiben. Mit unerwarteter Selbstauflösung habe die DZP, bewährte Führer in Ministerien gewährt, ohne daß es von Nutzen gewesen sei. Nachdem die Kommunisten fälschlich erklärt hätten, daß sie auch nach den Wahlen ein sozialdemokratisches Regierung nicht unterstützen würden, würden Neuwahlen zwecklos sein. Die sozialdemokratische Partei schlägt zum Ministerpräsidenten den letzten Finanzminister und Abgeordneten Heldt vor.

Abg. Beutler (Dn.) präsentiert den Abg. Hofmann. Die Gelegenheit wäre günstig, jetzt ein bürgerliches Kabinett zustande zu bringen. Die große Koalition, die heute in Sachsen bestehen soll, ist dieselbe, die fälschlich im Reich zusammengebrochen ist. Wir halten die große Koalition für einen großen Fortschritt. Wir sind heute noch davon überzeugt, daß die Stunden der Revolution, die die Sozialdemokratie verschuldet hat, nicht mit, sondern nur gegen die Sozialdemokratie wider gutgemacht werden können. Die Sozialdemokratie befindet sich in einem Zustand innerer Zerrüttung und Auflösung. Sie hat in den letzten Jahren abgewirtschaftet, sie hat bewiesen, daß sie Deutschland aus dem Abgrund, in den sie es durch die Revolution gebracht hat, nicht herausziehen kann. Die Partei hat auch in Sachen moralisch verlagert, und mit einer Partei, die einen Feind an die Spitze brachte, sollte sich eine längerfristige Partei nicht koalieren. Auch in dem neuen Kabinett würde die Sozialdemokratie die Mehrheit haben und ein Felsch und ein Müller, die ihm angehören würden, seien und blieben Verächter des Klassenkampfes, sie seien Marxisten vom reinsten Wasser. Noch aus einem anderen Grunde halte seine Partei diese Art der Regierung für verfehlt. Es solle Beamtenabbau erfolgen. Ein solcher sei besonders nötig im Ministerium des Innern, in dem Beamte seien, die nicht hinein gehörten. Glaube man denn, daß Herr Müller als Finanzminister die so notwendige Reinigung vornehmen werde? Sehr interessant ist auch die Frage, wie sich die neue Regierung zur Aufhebung des Belagerungszustandes stellen werde. Seine Partei sei überzeugt, daß der Zeitpunkt zur Aufhebung des Belagerungszustandes noch nicht gekommen sei. Auch die große Koalition werde eine Episode bleiben.

Abg. Schwarz (Soz.) versteht eine Erklärung im Namen von 17 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion, in der es heißt: Die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion habe den Beschluß gefasst, mit den Demokraten u. der Volkspartei eine große Koalition zu bilden. Dieser Beschluß stehe im Widerspruch mit dem, was der letzte Landestag beschlossen habe. Er und seine Freunde seien deshalb nicht in der Lage, Herrn Heldt ihre Stimme zu geben.

Abg. Böttcher (Rom.) meint, es sei ein abgeworfener Fährtenklingel, die der großen Koalition beizutreten. Die Arbeiter seien durch diesen Staatsstreich innerhalb der sozialdemokratischen Partei überzogen worden. Die Sozialdemokratie sei nicht mehr Schutzherrin der Republik. Das Richtige wäre gewesen, wenn die Sozialdemokratische Partei die Mitglieder, die sich ihren Beschlüssen nicht fügen wollten, aus der Partei ausgeschlossen hätte.

Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.): Die offenkundige Tatsache, daß die politischen Vorgänge der letzten Jahre zum Ruin des Volkes führen, zwingen jeden, der es mit dem Wohle des Volkes ernst meint, zu einem Gegenschritt. Nach der Überzeugung seiner Partei könne der Weg zur Gesundung nur gefunden werden durch Verständigung und politische Arbeit zwischen Regierung und Landtag. Eine Mög-

lichkeit, dieses Ziel zu erreichen, biete sich bei der politischen Konstellation in Sachsen in einem Zusammenarbeiten der mittleren Parteien; und dazu sei keine Partei entschlossen. Wir unternehmen den Schritt in der Voraussetzung und Überzeugung, daß auch bei den anderen, die diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen bereit sind, der gleiche aufrichtige Wille, alles zu dienen, vorhanden ist.

Abg. Dr. Seifert (Dem.): Seine Partei habe das Ziel, das jetzt erreicht zu sein scheint, mit aller Kraft erstrebt. Die mittleren Parteien müßten zu einer Verständigung kommen. Das nicht die ganze sozialdemokratische Fraktion hinter der Koalitionserklärung stehe, bedauere seine Partei, hoffe aber, daß die neue Regierung Verständnis bei allen einsichtigen Arbeitern, die hinter der Sozialdemokratie stehen, finden werde und daß sich die Hoffnungen der Kommunisten und der Rechten auf die Neuwahlen nicht erfüllen werden. Es werde heute ein Aufrufen durch das ganze sächsische Volk geben, wenn es sehe, daß der ernste Wille zur Arbeit auch im Landtage bestehe. Seine Partei werde Herrn Heldt wählen. Hierauf wird

Die Wahl vorgenommen.

Abgegeben werden 79 Stimmzettel, der Abg. Ritter (Dn.) ist baldkräftig entscheidend. Es erhalten: Abg. Böttcher (Rom.) 10, Abg. Hofmann (Dn.) 17, und Abg. Heldt (Soz.) 52 Stimmen.

Präsident Winkler: Herr Heldt hat die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten. Ich setze Herrn Heldt, ob er die Wahl annimmt.

Ministerpräsident Heldt:

Sie haben mich soeben mit Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt. Ich danke für das Vertrauen und nehme die Wahl an. Ich bin mir bewußt, daß ich einen sehr schweren Gang gehe, glaube aber im Interesse des gesamten sächsischen Volkes und Landes das Überbrücken zu müssen. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß nunmehr die unbedingte Notwendigkeit besteht, die neue Regierung tatkräftig zu unterstützen, damit Land, Volk und das gesetzgebende Parlament aus den fortwährend inneren Wirren herauskomme. Darüber hinaus richte ich aber den Blick auf die schwere wirtschaftliche Not, die weite Kreise des sächsischen Volkes ergreift hat. Große Teile der sächsischen Arbeiterschaft sind infolge des Darlehenkollapses der Wirtschaft in ihrer Existenz bedroht, die Mittelschichten verarmen, die Notlage der Sozial- und Kleinstrentner wird immer bedenklicher, und daneben steht das große Heer der Erwerbslosen. Es wird die ernste Aufgabe der neuen Regierung sein, alle Kräfte zum Wiederaufbau zusammenzuführen und in den Dienst der gesamten Volksgemeinschaft zu stellen. Das kann aber nur zu einem Erfolge führen, wenn a) 1. Leistungs-fähigen Kräfte die neue Regierung durch wirtschaftliches Handeln tatkräftig unterstützen. In dieser Erwartung übernehme ich das Amt. (Beifall und Handklatschen in der Mitte, höfliches Gelächter bei den Kommunisten.)

Ministerpräsident Heldt legt hierauf in die Hand des Landtagspräsidenten den Eid auf die Verfassung ab. Die Kommunisten bleiben während der Vereidigung sitzen.

Es folgt die erste Beratung über die von der Regierung erlassenen Notverordnungen und über die darauf bezüglichen Anträge. Vor fast leerem Hause begründen Abg. Dr. Schneider (D. Sp.) und Lunge (Dn.) die Anträge ihrer Parteien, die Notverordnungen über die Gewerbesteuer und über den Beamtenabbau umgestaltet dem Landtage zur Beschlußfassung vorzulegen und die Notverordnung über die Arbeitgeberabgabe für ungültig zu erklären.

Abg. Gardt (Dn.) weist auf die Unhaltbarkeit der Notverordnungen in juristischer und sachlicher Beziehung hin und beantragt Hebung der Anträge in den Rechtsausschuss. — Abg. Kasper (Dem.) bezeichnet u. a. die Notverordnung über die Grund- und Gewerbesteuer als den letzten Schlag Liebmanns gegen die rechte Wirtschaft. — Abg. Kenner (Rom.): Seine Partei lehnte sich der Forderung, die Notverordnungen für rechtsungültig zu erklären, an. — Ministerialdirektor Lorenz: Die vorige Regierung sei nach reiflicher Erwägung dazu gekommen, die Notverordnungen für rechtsungültig zu halten. Es werde, nachdem sich alle Parteien gegen die Bestimmungen ausgesprochen hätten, wahrscheinlich eine Verordnung herausgegeben werden, daß, wenn die Leistungsfähigkeit des betr. Steuerablers außer Verhältnis zu den geltend gemachten Forderungen stehe, im Wege der Stundung und des Erlasses Abhilfe gewährt werden. Eine Zurückziehung der Notverordnungen müßte aber abgelehnt werden.

Abg. Rammelsberg (Dn.) beschäftigt sich hauptsächlich mit der

Notverordnung über den Personalabbau.

Auch seine Partei wüßte einen Beamtenabbau, lehne aber einen solchen ab, der aus politischen Gesichtspunkten geschehe. — Abg. Dr. Dehne (Dem.) wendet sich insbesondere gegen die Art und Weise der Durchführung der Notverordnung über den Personalabbau, die im Widerspruch mit der eigenen Verordnung und der maßgebenden des Reiches stehe. Wenn die sächsische Regierung den Weg der Ungefährlichkeit weiter gehen wollte, dann würden die sächsischen Beamten und Parteien den Weg nach Berlin fin-

den, damit das Unrecht durch Reichsinstanzen in Recht verwandelt werde.

Abg. Berg (Dn.) und Abg. Fr. Dr. Hertwig (D. Sp.) sprechen sich ebenfalls gegen die Notverordnung aus. Abg. Dr. Hübner (D. Sp.) wendet sich gegen den Schematismus im Beamtenabbau bei den Reichs- und Staatsbetrieben, sowie bei den Gemeinden. Man könne nicht von den Gemeinden einen Beamtenabbau fordern und ihnen gleichzeitig neue Aufgaben zuweisen.

Die Notverordnungen, sowie die dazu vorliegenden Anträge gehen hierauf an den Rechtsausschuss bzw. Haushaltsausschuss.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die zweite Beratung über den kommunistischen Antrag auf

Auflösung des Landtags.

Abg. Kenner (Rom.) beantragt namens des Rechtsausschusses, die Auflösung des Landtages zu beschließen. Als Kenner seiner Partei bemerkt er, wahrscheinlich würden nach dem Ausfall der Ministerpräsidentenwahl nun die Demokraten und die Deutsche Volkspartei gegen die Auflösung stimmen. Kenner greift die Sozialdemokraten, die für die große Koalition gestimmt haben, scharf an und fordert die linksstehenden Sozialdemokraten auf, bei der Abstimmung nicht hinauszuweichen, sondern für die Auflösung zu stimmen. — Abg. Felsch (Soz.): Die Reklame eines sehr großen Teiles der Sozialdemokraten, daß man mit den Kommunisten gemeinsam arbeiten könne, habe sich gründlich gewandelt. — Gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Kommunisten und weniger linksstehender Sozialdemokraten wird jedoch der Antrag auf Auflösung des Landtags abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 15. Januar, nachmittags 1 Uhr: Erklärung der Regierung. Donnerstag, den 17. Januar soll die Aussprache über die Regierungserklärung stattfinden.

Zulassung eines Volksbegehrens auf Auflösung des Landtags.

Der Landesarbeitsausschuss der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsens hat durch seine Vorsitzenden Kurt Hart und Oskar Edel unter dem 3. Januar 1924 einen Antrag eingereicht, daß das Gesamtministerium auf Grund des Artikels 36 der sächsischen Verfassung ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtags herbeiführe. Das Gesamtministerium hat beschlossen, dieses Volksbegehren auf Grund des Artikels 36 der Verfassung und §§ 1 und 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 (S. 62) zuzulassen. Weitere Bestimmungen bleiben vorbehalten. Dresden, den 4. Januar 1924.

Gesamtministerium.

Felsch, Ministerpräsident.

Konflikt in der sächsischen Sozialdemokratie.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Sachsen, um eine Landtagsauflösung zu vermeiden, ein Koalitionskabinett mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu bilden, wird, wie verlautet, auf dem am Sonntag in Dresden stattfindenden Landesparteitag zu heftigen Auseinandersetzungen führen. Die Fraktionsmehrheit hat sich mit ihrer Zustimmung zur großen Koalition über einen Beschluß der sozialdemokratischen Landesorganisation hinweggesetzt, der ausdrücklich bestimmte, daß eine neue Koalitionsbildung nur mit Zustimmung des Landesparteitages zulässig sei. Sie ist dabei den Vorschlägen des Berliner sozialdemokratischen Parteivorstandes gefolgt, der Neuwahlen in Sachsen vermeiden wollte. Die Wiederbeit der sächsischen Sozialdemokraten betrachtet jedoch, wie sich aus der Stellungnahme der Landesorganisationsinstanzen ergibt, das Verhalten der Fraktionsmehrheit als einen Disziplinbruch. Der Konflikt zwischen der Mehrheit der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion und der Mehrheit

Der Bezugspreis des Riesner Tageblattes beträgt für eine Woche vom 5. bis mit 11. Januar 1924

90 Spiennige

einchl. Bringerlohn frei Haus.

Wir bitten unsere Leser, durch Vereiteln dieses Betrages und Bezahlung beim ersten Vorzeigen der Zeitung den Zeitungsboten die Arbeit des Einkassierens zu erleichtern.

Verlag des „Riesner Tageblattes“.